Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.

Dietrich W. Thielenhaus

Unwort des Jahres?

Insbesondere bei Reden vor Wirtschaftsverbänden hat die Bundeskanzlerin immer wieder darauf hingewiesen, dass Europa 7% der Weltbevölkerung ausmache, etwa 25% des globalen Bruttosozialprodukts erwirtschafte und damit 50% der weltweiten Sozialkosten finanzieren müsse. Und sie zog stets folgende (rhetorische) Konsequenz: „Wir alle müssen aufhören, jedes Jahr mehr auszugeben als wir einnehmen." Diese überfällige Erkenntnis ist offenbar beim Aushandeln des schwarz-roten Koalitionsvertrags unter den Tisch gefallen. Allein die offizielle Erhöhung der Staatsausgaben beläuft sich auf 23 Mrd. EUR. Der Bund der Steuerzahler hat die Neigung von Union und SPD kritisiert, noch mehr soziale Wohltaten zu verteilen, um ihre jeweiligen Kernzielgruppen glücklich zu stimmen. Sparen scheint zumindest bei Politikern zum Unwort des Jahres zu werden.

Gegen die Agenda

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat vor den Plänen der großen Koalition gewarnt. Sie seien geeignet, die in Deutschland erreichten Reformen der letzten Jahre zunichte zu machen. Mit Mindestlohn und Mietpreisbremse versuche man, „gewünschte Marktergebnisse gesetzlich zu erzwingen". Und „Wohltaten" wie höhere Mütterrenten und Rentenaufstockungen gingen zu Lasten kommender Generationen. Die fünf Wirtschaftsweisen befürchten, dass Schwarz-Rot die Errungenschaften einer flexibleren Wirtschaft und reformierter Sozialsysteme durch die Agenda 2010 zurückdrehen wolle. Klar ist: Der Weg vom „kranken Mann" zum „Kraftwerk" Europas ist keine Einbahnstraße.

„Vertane Chance"

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sieht im Koalitionsvertrag überwiegend Maßnahmen, die die Wertschöpfung am Standort Deutschland belasten: „Der Arbeitsmarkt wird inflexibler, die Sozialabgaben steigen, die Rentenkasse wird ohne Not belastet und die Rente mit 67 durchlöchert." Auch die Energiewende werde mit höheren Ausbauzielen forciert, statt den „Subventionswahnsinn des Erneuerbare-Energien-Gesetzes" zu beenden. Die „Welt" bewertet die Vereinbarungen als ein „verheerendes Signal für Europa". Die neue Regierung predige den Krisenländern oberlehrerhaft Austerität, mäste aber weiter den ohnehin drallen deutschen Sozialstaat, statt ihn auf Diät zu setzen. Diese Koalition sei der kleinste gemeinsame Nenner dreier Partner. Dabei böte die Machtfülle im Bundestag und Bundesrat die Basis, um die drängenden Herausforderungen der Zukunft anzupacken. Der BDI-Präsident sprach in dem Zusammenhang von einem „Signal für Stillstand statt Aufbruch" und einer „vertanen Chance für Deutschlands Zukunft".

Unter Verschluss

Als Staatsgeheimnis behandelt das Bundesfinanzministerium die Kosten und Konsequenzen, die sich aus dem Koalitionsvertrag ergeben. So werden die Berechnungen der Fachleute, denen zufolge der Mindestlohn und rentenpolitische Vorhaben 1,5 bis 1,8 Mio. Arbeitsplätze gefährden, unter Verschluss gehalten. Die daraus resultierenden Einnahmeausfälle und Zusatzausgaben sollen sich für das Jahr 2017 auf 48,5 Mrd. EUR belaufen. Der Bundesfinanzminister hat mit Blick auf die Warnungen der Wirtschaftsweisen, dass die Ausgabenpläne nicht seriös finanziert seien, in gewohnt überzeugender Manier behauptet: „Wir haben das alles solide gerechnet." Zum hausinternen Geheimhaltungserlass hat er sich dagegen nicht geäußert.

Total Tax Rate

Auch ohne die „Segnungen" der neuen Koalitionsregierung hat der unternehmerische Mittelstand hierzulande genügend Sorgen. Ein Grund ist die Tatsache, dass Deutschland im internationalen Steuerwettbewerb zurückgefallen ist. So ist die Abgabenlast für mittelständische Unternehmen gestiegen, während sie im weltweiten Durchschnitt zurückgegangen ist. Das hat eine Untersuchung von PWC und der Weltbank ergeben. Danach hat sich der Anteil aller Steuern und Abgaben („Total Tax Rate") am Gewinn – in nur einem Jahr – von 46,8 auf 49,4% erhöht. Im globalen Durchschnitt sank die Belastung dagegen von 44,7 auf 43,1%. Deutschland ist dadurch im internationalen Vergleich vom 72. auf den 89. Rang zurückgefallen.

Strategie & Taktik

Nach Meinung der „Bild"-Zeitung hat sich die SPD in den Koalitionsverhandlungen gegenüber CDU/CSU mit 10:2 bei ihren Kernforderungen durchgesetzt. Dabei haben Gabriel & Co. offenbar strategisch geschickt aus der Not der Mitgliederbefragung eine Tugend gemacht. Das Gespenst einer Ablehnung des Koalitionsvertrages durch die SPD-Mitglieder wurde immer wieder gezielt instrumentalisiert, um die Verteidigungslinie der Union zu durchlöchern. Außerdem hat die Option „R2G", also eine rot-rot-grüne Koalition, den Widerstandsgeist der Unions-Granden geschwächt. Festzuhalten ist, dass der Koalitionsvertrag die Ergebnisse der Bundestagswahl auf den Kopf stellt. Der Junior-Partner agiert nicht nur als Kellner, sondern auch als Koch. „Focus Money" forderte vor diesem Hintergrund: „Lieber Neuwahlen statt diese Murks-Koalition." Die nächsten Monate werden zeigen, ob sich CDU und CSU – aus Gründen des Machterhalts – auf eine Zuträgerrolle beschränken wollen und können. Und: Intime Kenner der Berliner Gemengelage gehen davon aus, dass die SPD in etwa zwei Jahren eine Sollbruchstelle suchen und finden wird, um dann als Regierungspartei die heimliche Wunschkoalition mit den Grünen und Linken einzugehen.